Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Feyza Tanyeri
feyza.tanyeri@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
D3.178

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

14. Februar 2023

Guten Tag,

zur **21.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

Mittwoch, 22. Februar 2023, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregelungen einzuhalten, und das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der Standards FFP2) wird empfohlen.

Tagesordnung:

1. **Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 2022
   Bericht des Magistrats
   -101.19.284-

2. **Regelmäßige Berichterstattung über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juni 2022
   Bericht des Magistrats
   - 101.19.478 –

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

3. Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien
Vorlage des Magistrats
Berichterstatter/in: Stadträtin Nicole Maisch
- 101.19.691 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

Freundliche Grüße

gez. Marcus Leitschuh
Vorsitzender

Niederschrift
über die 21. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 22. Februar 2023, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Marcus Leitschuh, Vorsitzender, CDU
Katharina Griesel, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Julia Rudolph, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, SPD
Dr. phil. Michael von Rüden, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Lutz Getzschmann, Mitglied, DIE LINKE
Thorsten Burmeister, Mitglied, FDP
Michael Moses-Meil, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme
Yuanyuan Becker-Hong, Vertreterin des Ausländerbeirates

Magistrat
Nicole Maisch, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung
Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Sabine Wurst, Mitglied, SPD
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Ariane Kipp, Vertreterin des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Franziska Kreuzer, Dezernat Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit
André Roßmann, Jugendamt
Silke Flörke, Ökomodell-Region
Udo Pfingsten, Jugendamt

Tagesordnung:

1.	**Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen**	101.19.284
2.	**Regelmäßige Berichterstattung über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe**	101.19.478
3.	**Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien**	101.19.691

Vorsitzender Leitschuh eröffnet die mit der Einladung vom 15. Februar 2023 ordnungsgemäß einberufene 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und Tagesordnung fest.

1. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 2022
Bericht des Magistrats
-101.19.284-

Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Wichtigkeit des Ernährungsaspektes zum Erreichen der Klimaziele aus, da die Art der Ernährung einen erheblichen Teil zur Klima-Bilanz beiträgt.

2. Der Magistrat wird gebeten, unter Beteiligung von entsprechenden Sachverständigen, ein Konzept zu erarbeiten, um den Anteil von saisonalen, regionalen Lebensmitteln, möglichst in Bio-Qualität, in kommunalen Einrichtungen schrittweise zu erhöhen. Auch das Angebot an vegetarischen sowie veganen Gerichten soll mitberücksichtigt werden. Dabei soll ein besonderer Fokus auf die Verpflegung in Schulen und Kitas gelegt werden. Diese sollen bereits parallel zur Konzepterstellung entsprechende Maßnahmen erproben und umsetzen.

3. Der Magistrat wird gebeten, vorab über die Maßnahmen und Konzepte in Schulen und Kitas im Ausschuss Schule, Jugend und Bildung zu berichten. Über die Verpflegungskonzepte in den Kantinen der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie über das der kommenden documenta wird der Magistrat gebeten im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

4. Der Magistrat wird des Weiteren darum gebeten in den Ausschüssen für Klima, Umwelt und Energie, Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und Schule, Jugend und Bildung ab dem Jahr 2022 einmal jährlich über den Stand der Umsetzung des Konzepts zu berichten

Stadträtin Maisch berichtet über den aktuellen Stand der Umsetzung und über die Aktionen in Schulen und Kitas.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

2. Regelmäßige Berichterstattung über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juni 2022
Bericht des Magistrats
- 101.19.478 –

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und der Jugendhilfe im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über aktuelle Entwicklungen berichtet werden.

Stadträtin Maisch und Herr Pfingsten, Jugendamt, berichten über die aktuelle Anzahl der Kinder in den Kitas, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, über die Einrichtungen und beantworten die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Der Bericht wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

3. Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien
Vorlage des Magistrats
- 101.19.691 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Auf- und Ausbau einer Präventionskette für ein familienfreundliches und kindgerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihren Familien wird zugestimmt. Für die Umsetzung sind folgende Punkte sicherzustellen:

Einrichtung und Kofinanzierung einer kommunalen Koordinationsstelle. Auf- und Ausbau einer kommunalen Gesamtstrategie für Kinder von 0-10 Jahren unter Einbeziehung relevanter Ressorts, Initiativen und freier Träger. Ziel, bestehende Strukturen und Netzwerke wie z.B. Willkommen von Anfang an, Frühe Hilfen, Kita, Familienzentren, Schulen, Kinderrechtsinitiativen usw. maßgeblich in die Prozesse einzubeziehen und diese bedarfsgerecht weiterzuentwickeln."

Stadträtin Maisch begründet die Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien, 101.19.691, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

Ende der Sitzung: 17:34 Uhr

Marcus Leitschuh
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Auszug aus der 10. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 21. Februar 2022

Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.284 -

➢ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD**

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Wichtigkeit des Ernährungsaspektes zum Erreichen der Klimaziele aus, da die Art der Ernährung einen erheblichen Teil zur Klima-Bilanz beiträgt.

2. Der Magistrat wird gebeten, unter Beteiligung von entsprechenden Sachverständigen, ein Konzept zu erarbeiten, um den Anteil von saisonalen, regionalen Lebensmitteln, möglichst in Bio-Qualität, in kommunalen Einrichtungen schrittweise zu erhöhen. Auch das Angebot an vegetarischen sowie veganen Gerichten soll mitberücksichtigt werden. Dabei soll ein besonderer Fokus auf die Verpflegung in Schulen und Kitas gelegt werden. Diese sollen bereits parallel zur Konzepterstellung entsprechende Maßnahmen erproben und umsetzen.

3. Der Magistrat wird gebeten, vorab **über die Maßnahmen und Konzepte in Schulen und Kitas im Ausschuss Schule, Jugend und Bildung** ~~im Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie~~ zu berichten. ~~Insbesondere sollen unter diesen Aspekten über die Verpflegungskonzepte in den Kantinen der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie über das der kommenden documenta berichtet werden. Dabei soll auch erläutert werden, inwieweit die bisherigen Konzepte mit Kassel klimaneutral 2030 zusammenpassen und welche Maßnahmen noch notwendig sind, um das Ziel zu erreichen.~~ **Über die Verpflegungskonzepte in den Kantinen der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie über das der kommenden documenta wird der Magistrat gebeten im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.**

4. Der Magistrat wird des Weiteren darum gebeten in den **Ausschüssen für Klima, Umwelt und Energie, Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und Schule, Jugend und Bildung** ab dem Jahr 2022 einmal jährlich über den Stand der Umsetzung des Konzepts zu berichten.

Stadtverordnete Dr. Janusch, SPD-Fraktion, begründet den geänderten gemeinsamen Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung:	B90/Grüne, SPD, CDU, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel und Dr. Hoppe
Ablehnung:	FDP, AfD
Enthaltung:	Die Linke
Abwesend:	Stadtverordnete Rieger

den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der B90/Grüne und SPD betr. Auf klimagesunde Verpflegung für kommunale Einrichtungen und bei Eigenveranstaltungen der Stadt setzen, 101.19.284, wird **zugestimmt.**

---

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

Auszug aus der 13. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 13. Juni 2022

Regelmäßige Berichterstattung über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe
Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.478 -

➢ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen ~~aus der Ukraine~~ in Schulen, Kindertagesstätten und der Jugendhilfe im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über aktuelle Entwicklungen berichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der B90/Grüne und SPD betr. Regelmäßige Berichterstattung über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe, 101.19.478, wird **zugestimmt.**

---

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

Anlage zu TOP

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit

Kassel, 24. Februar 2023

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 27. FEB. 2023

Vorlage Nr. 101.19.478
Regelmäßige Berichterstattung über die Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe

1. **Wie viele geflüchtete Kinder und Jugendliche, bzw. Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft, sind seit Kriegsbeginn nach Kassel gekommen?**

   Vorab: Der Begriff „Geflüchtete" ist nicht legaldefiniert. Ob eine Person geflüchtet ist, wird nicht erhoben und lässt sich auch nicht am Aufenthaltsstatus festmachen.

   I. Daher wurden Auswertungen von Kindern und Jugendlichen herangezogen, die seit 24. Februar 2022 a) eine ukrainische Staatsangehörigkeit haben und aus der Ukraine direkt nach Kassel gezogen sind, b) eine ukrainische Staatsangehörigkeit haben und aus anderen deutschen Kommunen nach Kassel gezogen sind und c) direkt aus der Ukraine nach Kassel gezogen sind, aber eine andere als die ukrainische Staatsangehörigkeit haben (Drittstaatler*innen).
   II. Darüber hinaus wurden auch Zahlen über Kinder und Jugendliche mit Staatsbürgerschaften von typischen Herkunftsländern von Geflüchteten erhoben. Die Länderauswahl erfolgte gemäß der Definition der Bundesagentur für Arbeit („zugangsstärkste Asylherkunftsländer").

   Für die Zahlen s. Anlage 1.

2. **Wie viele Kindergartenkinder (Alter 3-5) mit ukrainischer Staatsangehörigkeit gibt es derzeit und wie viele davon sind tatsächlich in den Kitas angekommen?**
   Aktuell (Stichtag 17.02.2023) werden 86 Kinder aus der Ukraine in Kassel betreut. Davon 19 Kinder in der Bremer Straße, 17 Kinder in der Jägerkaserne und 12 Kinder in der Oestmannstraße (alles drei sind Betreuungen unterhalb der Betriebserlaubnis).

3. **Wie viele geflüchtete Kinder und Jugendliche besuchen aktuell welche Schulform?**
   Hier ist der Begriff „geflüchtet" ebenfalls nicht definiert. Diese Zahlen beziehen sich auf Kinder und Jugendliche aus nichtdeutschen Herkunftsländern, die nicht deutsch sprechen.

   Grundschulen: 525 SuS (39 IK-Klassen)
   Gesamtschulen: 419 SuS (23 IK-Klassen)
   Realschule: 19 SuS (1 IK-Klassen)
   Mittelstufenschule: 53 SuS (3 IK-Klassen)
   Gymnasien: 91 SuS (5 IK-Klassen)
   Berufliche Schulen: 196 SuS (10 IK-Klassen)

...

4. **Wie viele unbegleitete Kinder und Jugendliche wurden in Obhut genommen?**
   Im Januar 2023 gab es wurden vom Jugendamt 16 Kinder und Jugendliche vorläufig in Obhut genommen.

5. **Gibt es Neuigkeiten zu Unterkünften für unbegleitete Kinder und Jugendliche?**
   Derzeit laufen Verhandlungen für drei weitere Einrichtungen, die im März / April bezogen werden sollen. Diese können aufgrund der laufenden Verhandlungen allerdings noch nicht namentlich vorgestellt werden.

Nicole Maisch
Stadträtin

Anlage zu TOP 2

Anlage 1: Seit dem 24.02.2022 nach Kassel zugezogene Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 27. FEB. 2023

© Stadt Kassel, Kommunalstatistik
Bearbeitungsdatum: 17.02.2023
Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Kassel
- nur Personen, die zum Stichtag **31.01.2023** in Kassel mit Hauptwohnsitz gemeldet waren und seit dem 24.02.2022 nach Kassel zugezogen sind

Tabellenfelder < 4 müssen aus datenschutzrechtlichen Gründen durch ein "*" anonymisiert werden, ebenso Tabellenfelder, aus denen rechnerisch Rückschlüsse auf Tabellenfelder < 4 gezogen werden können. In den Summen sind die Daten jedoch enthalten.

I. Schwerpunkt Ukraine

I.a. Nach Zuzugsherkunft und Staatsangehörigkeit

Personengruppe	Seit dem 24.02.2022 zugezogene Personen unter 18 Jahren insg.
Zugezogene ukrainische Staatsangehörige	**1.230**
darunter:	
Zuzug direkt aus der Ukraine nach Kassel	1.021
Zuzug aus Drittstaat nach Kassel [1]	4
Zuzug aus anderer deutscher Kommune nach Kassel [1]	199
unbekannte Zuzugsherkunft	6
Direkt aus der Ukraine zugezogene Drittstaatlerinnen und -staatler [2]	**10**
Summe Zugezogene ukrainische Staatsangehörige + direkt aus der Ukraine zugezogene Drittstaatlerinnen und -staatler	**1.240**

[1] Der genaue Fortzugszeitpunkt aus der Ukraine lässt sich für Personen, die über einen Drittstaat oder über eine andere Kommune nach Kassel gezogen sind, anhand der vorliegenden Daten nicht ermitteln. Dieser kann auch vor dem 24.02.2022 liegen.

[2] Anhand der Melderegisterdaten lassen sich aus der Ukraine fortgezogene Drittstaatler/-innen, die vor dem Zuzug nach Kassel zunächst übergangsweise in einen Drittstaat oder in eine andere deutsche Kommune gezogen sind, nicht erfassen. Grund hierfür ist, dass anhand der vorliegenden Melderegisterdaten nur der unmittelbar letzte Wohnsitz vor dem Zuzug nach Kassel auswertbar ist, nicht jedoch der vorvergangene Wohnsitz.

I.b. Nach Alter

Personengruppe	Seit dem 24.02.2022 zugezogene Personen unter 18 Jahren insg.	davon: nach Alter				
		unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	6 bis unter 10 Jahren	10 bis unter 14 Jahren	14 bis unter 18 Jahren
Summe Zugezogene ukrainische Staatsangehörige + direkt aus der Ukraine zugezogene Drittstaatlerinnen und -staatler	**1.240**	118	180	310	301	331
	100,0%	9,5%	14,5%	25,0%	24,3%	26,7%

II. Typische Herkunftsländer von Geflüchteten [2, 3]

II.a. Nach Alter

Staatsangehörigkeit	Seit dem 24.02.2022 zugezogene Personen unter 18 Jahren insg.	davon: nach Alter				
		unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	6 bis unter 10 Jahren	10 bis unter 14 Jahren	14 bis unter 18 Jahren
Afghanistan	63	6	8	16	14	19
Eritrea	27	*	*	9	7	6
Irak	22	0	*	6	*	6
Iran	*	0	0	*	*	*
Nigeria	6	*	*	*	0	*
Pakistan	*	0	*	*	0	*
Somalia	58	7	11	15	13	12
Syrien	116	23	20	29	18	26
Summe Typische Herkunftsländer von Geflüchteten	**299**	40	48	78	60	73
	100,0%	13,4%	16,1%	26,1%	20,1%	24,4%

[2] Länderauswahl übernommen gemäß Definition der Bundesagentur für Arbeit ("zugangsstärkste Asylherkunftsländer").

[3] Anhand der Melderegisterdaten lässt sich keine Aussage zum Aufenthaltsstatus oder -titel der Personen ableiten.
Insofern lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht ermitteln, wer aus humanitären und wer aus anderen Gründen nach Kassel gezogen ist.

Vorlage Nr. 101.19.691

17. Januar 2023

Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien

Berichterstatter/-in: Stadträtin Nicole Maisch

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Auf- und Ausbau einer Präventionskette für ein familienfreundliches und kindgerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihren Familien wird zugestimmt. Für die Umsetzung sind folgende Punkte sicherzustellen:

Einrichtung und Kofinanzierung einer kommunalen Koordinationsstelle.
Auf- und Ausbau einer kommunalen Gesamtstrategie für Kinder von 0-10 Jahren unter Einbeziehung relevanter Ressorts, Initiativen und freier Träger.
Ziel, bestehende Strukturen und Netzwerke wie z.B. Willkommen von Anfang an, Frühe Hilfen, Kita, Familienzentren, Schulen, Kinderrechtsinitiativen usw. maßgeblich in die Prozesse einzubeziehen und diese bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.“

Begründung:

Mit dem Auf- und Ausbau einer Präventionskette 0-10 Jahre in Kassel soll eine kindgerechte und familienfreundlichere Gesellschaft und Verwaltung gestaltet werden. Ziel ist die Teilhabechancen von sozial benachteiligten Kindern und ihren Familien zu verbessern und das gelingende und gesunde Aufwachsen von Kindern zu stärken. Zudem soll die Angebotslandschaft unter Beteiligung von Kindern und deren Familien bedarfsgerecht und transparent weiterentwickelt werden, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen und (neue) Zugänge, insbesondere für benachteiligte Familien, sicherzustellen.
Die Förderung eines gelingenden Aufwachsens ist eine kommunale Querschnittsaufgabe. Daher wird eine ämter- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit angestrebt. Vorhandene Ressourcen, Strukturen, Netzwerke und Maßnahmen sollen einbezogen und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Das Jugendamt der Stadt Kassel wird vom 01.01.2023 bis 31.12.2025 über das Landesprogramm „Gelingendes Aufwachsen, Kinderrechte leben- Präventionsketten Hessen“ mit Mitteln für Personalstellen zur Umsetzung von

Aktivitäten im Bereich einer kommunalen Präventionskette unterstützt. Die ¾ VZÄ wird im Jugendamt (Zentralabteilung, Sachgebiet: Netzwerke und Projekte) angesiedelt und nach Entgeltgruppe S 15 TVöD eingruppiert.

Die Personalkosten werden bei 510 001 / 363 05 02 00 / 617 90 00 bereitgestellt. ¼ VZÄ wird in einem kooperierenden Ressort angesiedelt. Die Co-Finanzierung des Landes Hessen für die Projektphase 2023 bis 2025 wurde bis zu folgendem Umfang bewilligt:

	1. Förderjahr	2. Förderjahr	3. Förderjahr
VZÄ 0,75 Jugendamt	41.000,00 €	34.675,00 €	25.560,00 €
VZÄ 0,25 Kooperier. Ressort	13.600,00 €	11.558,00 €	8.520,00 €
gesamt	54.600,00 €	46.233,00 €	34.080,00 €

Der Magistrat hat der Vorlage am 16.01.2023 zugestimmt.

Christian Geselle
Oberbürgermeister